

16. AUGUST 1963

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XVIII/155

Bonn, den 16. August 1963

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1

Es geht um Deutschland!

40

Ein Wort zum III. Deutschlandtreffen der SED in Hamburg

Von Herbert Wehner

Stellvertretender Vorsitzender der SPD

2 - 3

"Bayrische Perspektiven"

97

Vergangenheit und Gegenwart

Von Hanns Heinz Ewers, MdB, Würzburg

4 - 5

Spanien sucht Anschluss an die Weltpolitik

66

Interessante Entwicklungen in Madrid

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Schauer

ANLEGE

6

SPD-Pressedienst und Bundesluftschuttsverband

59

Das Bundesverfassungsgericht

\*\*\*\*\*

Wir machen heute schon darauf aufmerksam, daß der Sozialdemokratische Pressedienst in seiner Ausgabe vom Montag, den 19. August 1963, einen Grundsatzartikel des Berliner Senators und Bundestagsabgeordneten Dr. Adolf Arndt mit dem Titel

SCHATTEN ÜBER KARLSRUHE

veröffentlichen wird. - Senator Dr. Adolf Arndt stellt in diesem Artikel die parteipolitischen Machenschaften dar, die zur Entfernung von "nicht genehmten" Richtern geführt haben. Die Redaktion

\*\*\*\*\*

Chefredakteur Günter Markschoffel

Es geht um Deutschland !

Von Herbert Wehner

Stellvertretender Vorsitzender der SPD

Mit Nürnberg im August 1961 ist die Reihe der Deutschlandtreffen der Sozialdemokratischen Partei eröffnet worden, die über Köln im Mai 1962 zunächst nach Hamburg im August-September führt.

Wir haben mit diesen Treffen - in die sich das Berlinterreffen deutscher Sozialdemokraten vom Oktober 1962 eingefügt hat - etwas angefangen, das dem öffentlichen Wirken der SPD eine neue, zusätzliche Seite geben wird.

Nürnberg war die Eröffnung des Bundestagswahlkampfes. Aber das erste Deutschlandtreffen wird seinen Teilnehmern über diesen unmittelbaren Anlaß hinaus lange in Erinnerung bleiben, weil Willy Brandt in den Tagen und Stunden, die der Errichtung der schrecklichen Mauer durch Berlin vorausgingen, vor der breitesten Öffentlichkeit aussprach, was ist und woran uns der damals jäh angeschwollene Strom Flüchtender aus der sowjetisch besetzten Zone mahnte.

Köln - am Vorabend des Parteitagcs, der die Lehren aus Bundestagswahl und Regierungsbildung zu ziehen und den weiteren Weg nach vorn vorzuzeichnen hatte - wurde zur Manifestation des Willens der SPD, sich der von der Bonner Regierung vernachlässigten Gemeinschaftsaufgaben so anzunehmen, daß um sie die breiteste öffentliche Diskussion entbrennen muß.

Berlin, wo sich im Herbst desselben Jahres Tausende Sozialdemokraten aus dem übrigen freien Deutschland mit den Berliner Freunden trafen, brachte das Erlebnis mehrtägiger offener Aussprachen bedeutender Gelehrter und Forscher über das, was in dem von Willy Brandt in Köln entworfenen Rahmen der dringlichen Gemeinschaftsaufgaben von der Wissenschaft her in Gestalt von Anregungen und Anforderungen an die in den Bereichen der Politik ruhenden Kräfte gerichtet wird.

Hamburg wird diesen Weg fortsetzen. Mehr und mehr wird die politische Willensgemeinschaft SPD die öffentlichen und die Fachdiskussionen in unserer Bundesrepublik durchdringen mit unserem Drängen auf Verwirklichung dessen, worauf der Mensch Anspruch hat und wozu Staat und Gemeinwesen eine Verpflichtung haben.

Wenn das Deutschlandtreffen in Hamburg im Jahre der Erfüllung des ersten Jahrhunderts unseres Ringens um die soziale Demokratie in Deutschland stattfindet, so steht es zugleich im Zeichen der gesamtdeutschen und europäischen Verpflichtung der Bundesrepublik, für die wir Sozialdemokraten uns mit Härte, Verstand und Energie einsetzen.

"Es geht um Deutschland!" rief Erich Ollenhauer, der Vorsitzende der SPD, zur Eröffnung des ersten Deutschlandtreffens in Nürnberg. Es geht um Deutschland bei allen, was die SPD tut.

## Bayerische Perspektiven

### Vergangenheit und Gegenwart

Von Hanns Heinz Bauer, MdB, Würzburg

Kritische Zeitbetrachter, für die das politische Interesse nicht erst 1945 beginnt, erinnern sich, daß zu mancher Zeit aus dem Raum südlich der Main-Donau - schon während der Weimarer Republik - seltsame politische Kunde überbracht wurde. Wir sollten z.B. nicht vergessen, daß bei der ersten Nachwahl eines Reichspräsidenten - nach Friedrich Eberts Tod 1925 - von den demokratischen Parteien der rheinländische Katholik und Zentrumspolitiker **M a r x** als Kandidat aufgestellt wurde. Die Rechte benannte damals Paul von Beneckendorff und Hindenburg, der innerlich stets der kaiserlichen Flagge schwarz-weiß-rot verhaftet blieb und gegenüber der Demokratie eine mehr als zwielichtige Rolle gespielt hat. Die Sozialdemokratie hat damals in staatsbürgerlichen und demokratischem Verantwortungsbewußtsein den Zentrums-Exponenten Marx unterstützt. Wir sollten jedoch festhalten, wer die Schuld daran trug, daß Marx unterlag und von Hindenburg gewählt wurde: Die Bayerische Volkspartei, die in jener Stunde Parole gegen den Katholiken und für den ostpreussischen Junkergeneral ausgab, der dann auch etwa mit den Stimmen gewann, die den Demokraten Marx infolge des bayerischen Votums gefehlt haben.

\* \* \*

Daß die sieben Gründer der NSDAP sich in München zusammen- und den ersten politischen Nährboden gefunden haben, ist allgemein bekannt; ebenso die Tatsache, daß "Bund Oberland" und ähnliche halb-militärische Gruppen im "Oberland", dh. im voralpinen Raum ihre ersten Auftritte organisieren konnten. Daß die ersten "Marschierer" 1923 auf die Feldherrnhalle - unter ihnen ein späterer Bundesminister namens Oberländer - erfolglos aufgebrochen sind, sei ins Gedächtnis zurückgerufen. Ihr "Erfolg" stellte sich erst 1933 ein - untermauert durch das "Ja" zum Ermächtigungsgesetz seitens jener Bayerischen Volkspartei.

Wer jedoch meint, dies sei tote Historie, wird anno 1963 eines Besseren belehrt: ein "waschechter" Bayer, acht Jahre früher Kabinettsmitglied als Finanz- und Justizminister, hält Anfang 1963 vor Münchener Studenten einen Vortrag. In der Diskussion nach seiner Haltung zum Ermächtigungsgesetz befragt, antwortet er:

- \* "Ich hatte mit Brüning darüber gesprochen, ob nicht
- \* alle katholischen Abgeordneten des Zentrums und der
- \* Bayerischen Volkspartei einfach ihr Mandat niederlegen sollten. Das war praktisch unmöglich. 100 Abgeordnete hätten sich dazu entschließen müssen. ... Das hätte zum Eingreifen Hitlers geführt. Die Frage war, ob wir dem Ermächtigungsgesetz zustimmen oder unsere Existenz aufs Spiel setzen sollten. Wenn ich heute wieder in die gleiche Lage käme, würde ich genau so entscheiden!"

Es wurde dazu berichtet, daß die Studenten mit Mißfallens-Bekundungen nicht zurückgehalten haben. Nicht nur sie sind der Meinung, daß auch 75 Jahre und der barleske Hintergrund der Bayerischen Volkspartei kein Freibrief für Unbelehrbarkeit sind.

\* \* \*

An politisch bizarren Figuren hat es in Bayern nie gemangelt: die Namen von Kahr und Görtner klingen noch lange in den Ohren derer, die ein Stück "Ordnungszelle Bayern" erlebt haben. Leider scheint es zur Stunde, als ob die Spuren der Vergangenheit keineswegs schrecken. Wir hören, daß in einer Epoche, in der sich die zivilisierte und demokratische Welt gegen Kolonialismus und Rassen-Trennung wendet, der bayerische Politiker Dr. J a e g e r, Vizepräsident des Deutschen Bundestages, sich durch einen Besuch in portugiesischen Kolonien solidarisch mit der Kolonialpolitik jener Regierung erklärt.

In Würzburg, der Nordbayerischen Universitäts-Idylle, läßt man über einen Freundschaftskreis für Südafrika die dort geübte Politik schärfster Rassen-Trennung positiv interpretieren und Brigade-General Professor von der H e y d t e bekennt sich gleichfalls zu jenen Prinzipien.

Wenn das "Kuratorium Unteilbares Deutschland" in dieser Stadt anlässlich einer Bundes-Jugend-Tagung ein Podiums-Gespräch zwischen den Bundestagsabgeordneten ankündigt, wird diese Veranstaltung von denselben Gruppen durch Fernbleiben sabotiert, die für einen Putschzug zu Ehren jenes durch seine Auffassungen zur Rassenpolitik bekanntgewordenen Generals innerhalb kürzester Frist mehrere hundert "Marschierer" auf die Beine bringen.

\* \* \*

Das böseste aktuelle "Aushängeschild" für besorgte bayerische Demokraten ist jedoch nach wie vor der wiedergewählte CSU-Landesvorsitzende, der vor nicht allzulanger Zeit eine handfeste Kabinettskrise ausgelöst hat, aber gleichwohl mit "Großem Zapfenstreich" und dem besten Müncher für seine "Laufbahn" nach Haus geschickt wurde. Jener Mann, der sogar leidgewohnten KODS-Studenten zu hemdsärmelig auftritt und der im Verein seines früheren CSU-Vorsitz-Triumphvirats Oberhard Weis-Zimmermann sogar bei der Kirche Bedenken wachrief, ob dem "hohen C" in der Partei-Firmenbezeichnung nicht etwas zuviel zugemutet werde. Wir erinnern uns aus einschlägigen Wahlkämpfen, daß gewisse Praktiken erheblich an die Methoden des Freistilringens - catch as catch can - heranreichen, im Rahmen derer gerade das noch erlaubt ist, was der Staatsanwalt eben noch durchgehen läßt - d.h. man bewegt sich bewußt auf dem schmalen Grat, der mit politischer Gesittung nicht mehr viel zu tun hat, aber just noch keine Anklage gestattet.

\* \* \*

Wenn man zu den jüngsten Sondergängen der bayerischen CSU - Ablehnung eines Beitritts zum Abkommen über den Atomversuchs-Stopp - und die Vergangenheit des ersten Vorsitzenden und Sprechers der stärksten politischen Gruppe im Lande südlich des Mains denkt, drängt sich aus Vergangenheit wie Gegenwart eine alte Mahnung auf: in Zukunft scharf aufzupassen und mit gespitzter Ohren darauf zu achten, wie weit man sich wieder einmal ins reaktionärste Gestrüpp deutscher Politik verirrt!

+ . . +

## Spanien sucht Anschluss an die Weltpolitik

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Mehrere Beschlüsse kennzeichnen den neuen Kurs der spanischen Regierung im internationalen Tauwetter: Beitritt zum Moskauer Teststopp-Abkommen, Liberalisierung in den spanischen Kolonien Nordafrikas, vor allem aber ein neues Verhalten zur Sowjetunion.

### Neues Klima Madrid-Moskau

Francos Regierung sträubte sich, als logische Konsequenz des Bürgerkrieges 1936-39, solange wie möglich gegen eine Normalisierung der Beziehungen mit Moskau und betrachtete sich noch bis in die letzte Zeit als "Vorkämpfer gegen den Bolschewismus". Eine Lockerung dieser starren Haltung war allerdings gelegentlich schon in den fünfziger Jahren festzustellen: Wiederankurbelung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Spanien und der Sowjetunion und Entlassung spanischer Angehöriger der "Blauen Division" aus sowjetischen Lagern.

In den letzten Wochen hat sich nun der Ton der spanischen Presse gegenüber der Sowjetunion und anderen kommunistischen Ländern merklich geändert. Besonders hervorgehoben wird die großzügige Hilfe Spaniens für die jugoslawischen Opfer des Erdbebens in Skopje.

Die offiziöse spanische Agentur EFE deutet diese Entwicklung in folgendem Sinn:

- \* "Wenn Chruschtschows Haltung in Moskau sich bestätigt,
- \* werden wir vielleicht eines Tages die Rückkehr des
- \* verlorenen Sohns nach Europa erleben".

### Spaniens Gold

Das in Russland gelagerte spanische Gold, eine der wichtigsten Streitfragen zwischen Moskau und Madrid, kommt auch jetzt wieder zur Sprache. Die republikanische Regierung hatte bekanntlich während des Bürgerkrieges 1937 die spanische Goldreserve den Sowjetbehörden ausgeliefert, um dafür Waffen zu kaufen. Stalin hatte diesen Preis festgesetzt. Die spanische Zeitung "Ya" (katholisch) schreibt nun, die Madrider Regierung habe bis jetzt die Goldreserve noch nicht verlangt, könne dies aber jetzt tun, "angesichts der veränderten Haltung Russlands gegenüber Europa".

In einem weiteren Artikel fordert die gleiche Zeitung die Rückkehr Gibraltars, "des einzigen Kolonialgebietes, das es in Europa noch gibt". Die Unabhängigkeitserklärung Maltas müßte "weitlich mit der Rückkehr Gibraltars nach Spanien zusammenfallen".

#### Madrids Beitritt zum Teststopp-Abkommen

Mit einem Wort, die spanische Außenpolitik ist in vollem Fluß. Das sichtbarste Zeichen dafür ist Madrids Beitritt zum Moskauer Teststopp-Vertrag. Er erfolgte nach längerem Zögern. "Arriba", das Blatt der "Bewegung" hatte das Moskauer Abkommen zuerst als Triumph der Sowjets hingestellt, die katholische Zeitung "Ya" kommentierte aber sofort, alle Welt freue sich, "außer dem kommunistischen China und einigen durchaus unsinnigen Sektoren im Westen".

General Franco schwankte eine Zeitlang zwischen diesen beiden Positionen und ließ sich dann durch die Amerikaner überzeugen, umso mehr als die spanisch-amerikanischen Verhandlungen dadurch erleichtert werden

#### Francos Entkolonialisierung

Spanisch-Guinea (oder Rio-Mari), seit 1943 von Madrid kolonisiert, zweihunderttausend Einwohner, sowie die Inselgruppe Fernando-Poo an den Küsten von Kamerun, sollen aufgrund eines Gesetzentwurfes "Autonomie" bekommen. Sie gelten seit 1958 als spanische "Provinzen". Franco verständigte rechtzeitig die Delegierten auf der afrikanischen Konferenz in Addis Abeba von seinem Projekt, so daß dort wohl Pfeile gegen Portugal, aber nicht gegen Spanien abgeschossen wurden.

Der spanische Generalissimus will auf diese Weise den mehrfachen Druck erleichtern, der anheim auf seinem Regime lastet und Komplikationen vermeiden, die Frankreich in Nordafrika hatte und die sich gegenwärtig auch in den portugiesischen Kolonien entwickeln.

Werden Francos Konzessionen genügen? Die zugestandene Autonomie soll dem Status ähneln, den die spanische Provinz Navarra genießt. Die Ex-Kolonien sollen von einem Rat verwaltet werden, in dem Eingeborene und Europäer sitzen. Madrid hofft, auf diese Weise in den Verhandlungen mit Marokko den Streit um Rio-de-Oro und Ifni beilegen zu können. Man betrachtet diese Wendung als Sieg des Außenministers Castiella über die "Ultras".

Im Hintergrund dieser Entwicklung stehen die wachsende afrikanische Unabhängigkeitsbewegung und der neue asturische Bergarbeiterstreik, der im Juli von neuem aufgeflackert ist und sich seither weiter ausdehnt.

ANHANG

SPD-Pressedienst und Bundesluftschutzverband

sp - Mehrere westdeutsche Zeitungen hatten in ihrer Donnerstagsausgaben dieser Woche - auf der Grundlage einer Agentur-Meldung - berichtet, die "SPD greift Bundesluftschutzverband an." Ursprung dieser Meldung war ein in der Mittwoch-Ausgabe unseres Pressedienstes veröffentlichter Artikel mit der Überschrift

"Luftschutz im Urteil des Bundesrechnungshofes".

In diesem Artikel wurden Zahlen genannt, die in einem Gutachten des Bundesrechnungshofes enthalten sind und eine rechnermäßige Durchleuchtung der in den Jahren 1951 bis 1961 geleisteten Arbeit des Bundesluftschutzverbandes darstellen. In diesem Artikel hat weder "die SPD" noch der SPD-Pressedienst politische Schlussfolgerungen aus dem Bericht des Bundesrechnungshofes gezogen und diese Tatsache ausdrücklich mit folgendem Satz festgestellt:

- \* "Es sollen hier keine politischen Schluss-
- \* folgerungen aus den kritischen Bemerkungen des Bundes-
- \* rechnungshofes gezogen werden."

Nun haben in ihren Freitagausgaben einige westdeutsche Zeitungen - wiederum auf der Grundlage der Meldung einer Agentur - Berichte veröffentlicht, in denen behauptet wird, der Bundesluftschutzverband habe sich gegen die Anwürfe der SPD zur Wehr gesetzt und der SPD parteipolitische Motive unterstellt.

Hierzu stellen wir fest:

- 1) Die Zentrale des Bundesluftschutzverbandes in Köln hat keine schriftliche Erklärung herausgegeben, die dem Sinn und dem Wortlaut der betreffenden Agentur-Meldung entspricht.
- 2) Von der Agentur um eine telefonische Stellungnahme zu dem Artikel im SPD-Pressedienst gebeten, hat der verantwortliche Referent der BLSV-Zentrale in Köln wahrheitsgemäß erklärt, das Gutachten des Bundesrechnungshofes beziehe sich auf die Arbeit des Bundesluftschutzverbandes in den Jahren 1951 bis 1961. (Diese Zahlenangaben waren in dem Artikel des SPD-Pressedienstes gleich in den ersten Absätzen angeführt).
- 3) Die Zentrale des Bundesluftschutzverbandes in Köln hat weder der SPD noch dem SPD-Pressedienst parteipolitische Motive für die Veröffentlichung des Artikels über das Gutachten des Bundesrechnungshofes unterstellt.